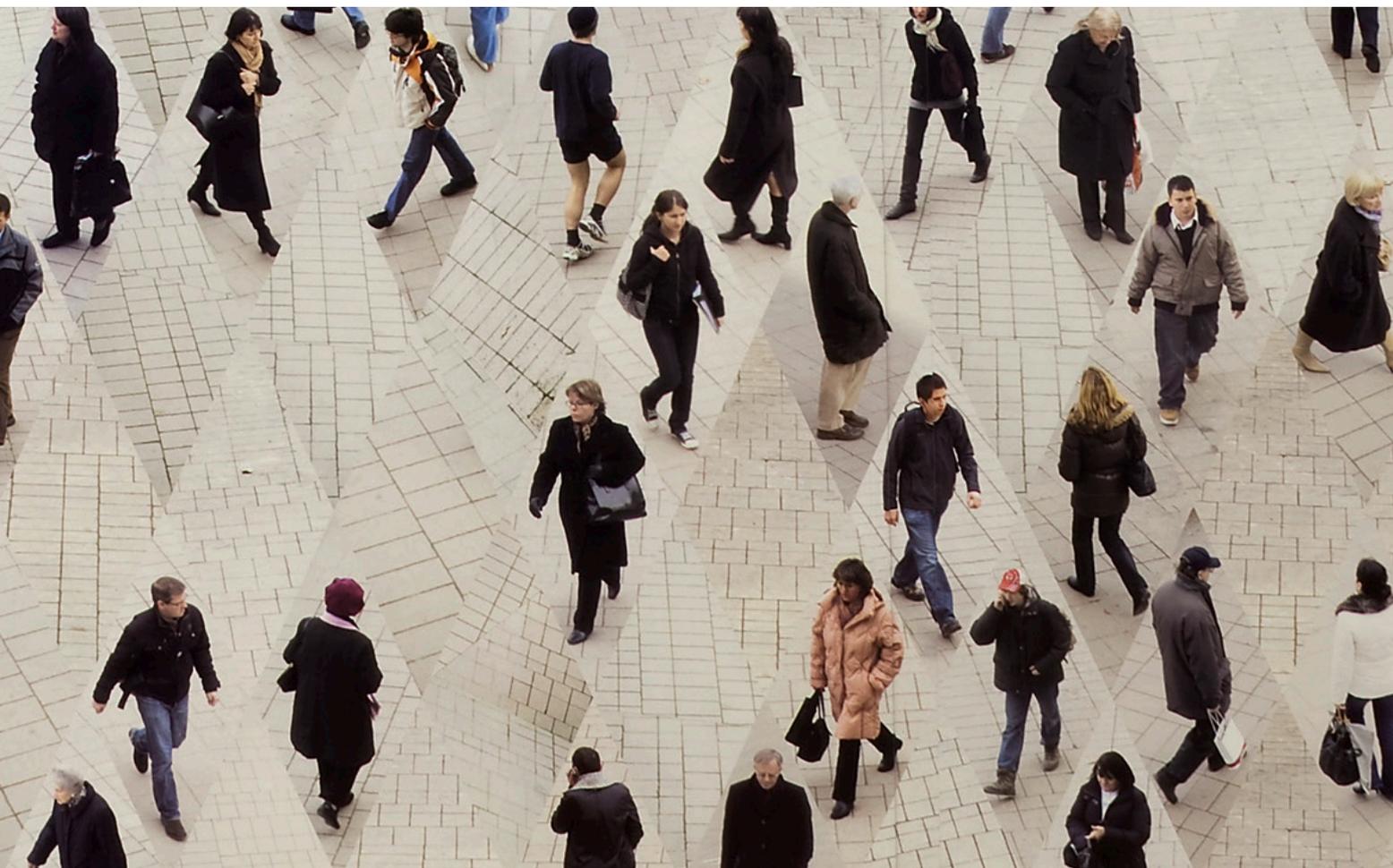




FORDERUNGEN AN DIE NÄCHSTE BUNDESREGIERUNG



Acht Prioritäten der AK für ein lebenswertes Österreich

- 4 **Auf einen Blick – Österreichs Zukunft gestalten**
- 6 **Arbeitsbedingungen**
Die arbeitenden Menschen verdienen mehr
- 8 **Arbeitsmarkt und Konjunktur**
Steigende Arbeitslosigkeit erfordert Impulse
- 10 **Steuergerechtigkeit**
Unser Steuersystem bestraft die ArbeitnehmerInnen
- 12 **Soziale Sicherheit**
Sozialer Zusammenhalt durch sozialen Ausgleich
- 14 **Geschlechtergerechtigkeit**
Ein gutes Leben für Frauen und Männer
- 16 **Bildungschancen**
Eine Frage von Unterstützung und Zeit
- 18 **Leistbares Wohnen**
Wohnen darf kein Luxus sein
- 20 **Klimaschutz**
Es gibt keinen Plan(et) B

Impressum

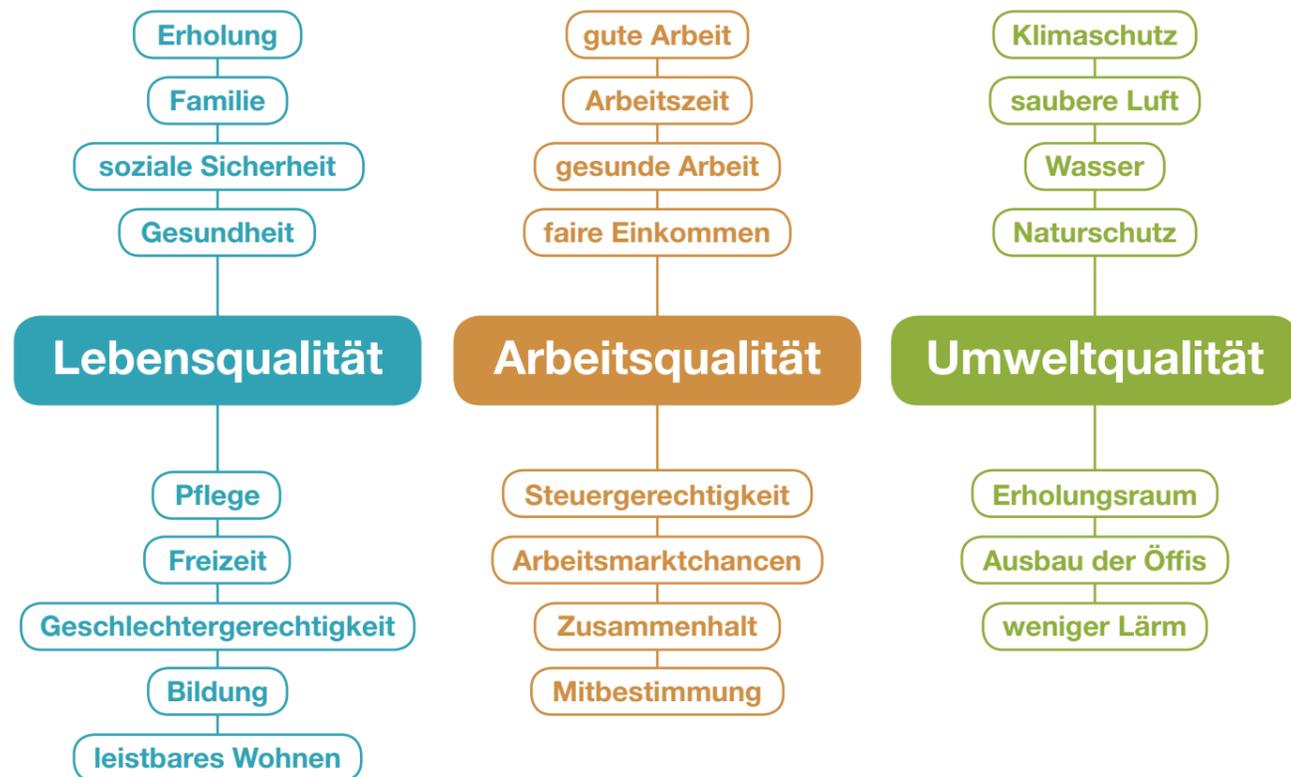
Medieninhaberin: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 1
Offenlegung gem. § 25 MedienG: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum
Titelbild: Thomas Bayrle, „Wiener“, AK-Kunstprojekte 2008
Foto: Bruno Klomfar
© 2019: AK Wien

Stand September 2019

Österreichs Zukunft gestalten

Österreich ist ein lebenswertes Land. Der Name Österreich steht international für Qualität. Unsere Fachkräfte sind hervorragend ausgebildet. Unsere Produkte und Dienstleistungen stehen weltweit hoch im Kurs. Die soziale Sicherheit ist ein Vorbild für viele fortschrittliche Länder der Welt. Diese Erfolge sind das Ergebnis des rot-weiß-roten Wegs des sozialen Zusammenhalts, des Ausgleichs und des Dialogs. In den vergangenen eineinhalb Jahren wurde dieser Erfolgsweg des Dialogs und Ausgleichs von der alten Bundesregierung verlassen.

Dabei wäre es dringend notwendig, dass die nächste Bundesregierung sich wieder um die Anliegen der Beschäftigten kümmert. Die ArbeitnehmerInnen spüren, dass der Druck auf sie immer größer wird. Die Arbeitsverdichtung nimmt zu, die beruflichen Anforderungen steigen, die Arbeitszeit wird entgrenzt. Damit steigt auch der Druck im Privat- und Familienleben. Für die Arbeiterkammer ist klar: Die ArbeitnehmerInnen haben Respekt und Anerkennung für ihre Leistungen verdient. Respekt heißt: die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen wieder in die Gesetzgebung und in Institutionen – z.B. Nationalbank, Pleitefonds, Digitalisierungsagentur –, die sie betreffen, auf Augenhöhe einbeziehen. Respekt heißt: gute Arbeitsbedingungen und hohe Lebensqualität für alle. Respekt heißt: die Beschäftigten bei der Bewältigung der Klimakrise mitzunehmen.



Die AK ist eine demokratische und unabhängige Institution. Institutionen wie die Gewerkschaften, die gesetzlichen Interessenvertretungen, eine selbstverwaltete Sozialversicherung, freie und unabhängige Medien, Rechnungshof, Nationalbank, Statistik Austria oder NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen sind zentrale Elemente unserer Demokratie und Gesellschaft. Verantwortungsvolle Regierungspolitik bedeutet, den Dialog mit allen zu suchen. Eine verantwortungsbewusste Regierung setzt sich auch mit den Meinungen anderer Organisationen und ExpertInnen auseinander. Nur so findet man vernünftige und nachhaltige Lösungen.

Die AK ist die Anwältin von fast 4 Millionen arbeitenden Menschen – und dieses Mandat nehmen wir sehr ernst. Die MitarbeiterInnen der Arbeiterkammer kämpfen täglich für eine gerechtere Arbeitswelt. Mit dem AK-Zukunftsprogramm hat die AK ihre Leistungen in den zentralen Bereichen Digitalisierung, Wohnen, Pflege und Bildung weiter ausgebaut. Die AK wird in den nächsten 5 Jahren ihre Mitglieder allein bei der Bewältigung der Digitalisierung in der Arbeitswelt mit 150 Millionen Euro unterstützen.

Wir sind täglich in Kontakt mit unseren Mitgliedern und wissen daher ganz genau, wie der Alltag der arbeitenden Menschen aussieht und mit welchen Problemen sie konfrontiert sind. Auf den nachfolgenden Seiten werden die wesentlichen politischen Herausforderungen der nächsten Jahre aufgezeigt, Lösungswege skizziert und daraus zentrale Forderungen an die künftige Bundesregierung abgeleitet:

- **Arbeitsbedingungen**
- **Geschlechtergerechtigkeit**
- **Arbeitsmarkt**
- **Bildungschancen**
- **Steuergerechtigkeit**
- **Leistbares Wohnen**
- **Soziale Sicherheit**
- **Klimaschutz**

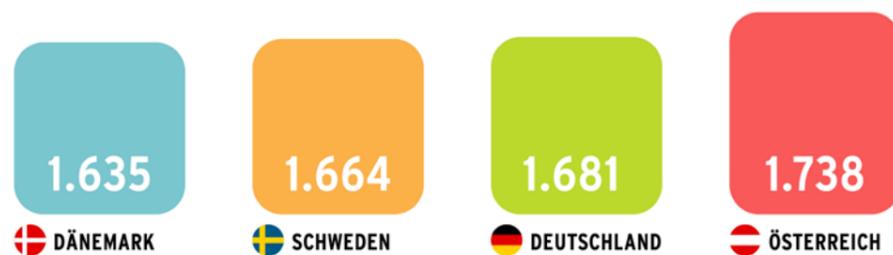
Die AK will die Herausforderungen der Zukunft im Interesse der ArbeitnehmerInnen aktiv mitgestalten. Wir wollen Österreich voranbringen. Wir wollen, dass Österreich besser bleibt – in sämtlichen Lebensbereichen unserer Mitglieder.

Die arbeitenden Menschen verdienen mehr!

Die Menschen in Österreich leisten extrem viel und verdienen **Respekt**. In den letzten Jahren ist die Produktivität ständig gestiegen – und damit auch der **Arbeitsdruck** auf die Beschäftigten. Während Konzerne immer größere Gewinne verzeichnen können, bleibt der Gewinn für die arbeitenden Menschen auf der Strecke. Österreichs Beschäftigte sind enorm fleißig – nur in Großbritannien und Zypern werden wöchentlich noch mehr Arbeitsstunden geleistet als bei uns. Trotzdem hat der Großteil der ArbeitnehmerInnen kaum Mitspracherecht bei der **Arbeitszeit**.

In vielen Firmen wurde es in den letzten Jahren als selbstverständlich erachtet, dass MitarbeiterInnen rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Profit stand oft an erster Stelle, und den Preis dafür zahlen die arbeitenden Menschen. Personalmangel und eine unfaire Verteilung der Arbeitszeit gefährden die **Gesundheit** der Beschäftigten. Sie bekommen für ihre harte Arbeit zu wenig Ausgleich. Dabei wäre es ganz einfach: Klare Spielregeln, Mitbestimmung bei den Arbeitszeiten und mehr Freizeit müssen sein. Aus Sicht der AK darf Ausbeutung kein erfolgreiches Geschäftsmodell sein. Wir wollen, dass **Österreich** in Sachen Fairness bei den Arbeitsbedingungen **Weltspitze** wird.

JAHRES-SOLLARBEITSZEIT VON VOLLZEITARBEITNEHMER/INNEN (IN STUNDEN)



Quelle: Eurofound (2016), eigene Darstellung

Ein Recht auf Fairness, ein Recht auf Freizeit

Österreichs Vollzeitbeschäftigte haben 2018 im Durchschnitt 41,2 Stunden pro Woche gearbeitet. Im selben Jahr wurden 255 Millionen **Mehr- und Überstunden** geleistet! Das zeigt, dass die Arbeitszeit unfair verteilt ist: Die einen leisten Überstunden bis zum Umfallen, während die anderen (z.B. jede 2. berufstätige Frau) oft unfreiwillig in **Teilzeit** arbeiten oder arbeitslos sind. Kürzere Arbeitszeiten können hier Ausgleich schaffen.

Unter Hochdruck zum Burn-Out

Fast 40 Prozent der Beschäftigten arbeiten immer oder häufig unter **Zeitdruck** – Tendenz steigend. Viele Menschen halten diesem **Dauerstress** nicht mehr stand: Burnout, Depressionen sowie Herz-Kreislauferkrankungen sind die Folge. Wer von der Arbeit krank wird, ist nicht selbst daran schuld. Die Unternehmen müssen endlich ihrer Verantwortung nachkommen und dafür sorgen, dass MitarbeiterInnen am Arbeitsplatz gesund bleiben können, z.B. indem sie genügend Personal einstellen.

Was einen nicht umbringt, kann trotzdem krank machen

3 von 4 Beschäftigten sind in ihrer Arbeit zumindest einer körperlichen Gesundheitsgefahr ausgesetzt. Das hat schwerwiegende Konsequenzen: z.B. schmerzhafte Schäden an Muskeln, Sehnen und Gelenken und im schlimmsten Fall sogar arbeitsbedingte Krebserkrankungen. Dabei wäre es nicht schwierig, das zu verhindern. Nur wer gesunde Arbeitsbedingungen vorfindet, kann auch volle Leistung bringen. **Gesundheit und Sicherheit** der arbeitenden Menschen müssen immer Vorrang haben.

Mitbestimmung und Demokratie in der Arbeitswelt

Unternehmen mit einem Betriebsrat haben größeren wirtschaftlichen Erfolg, eine höhere Produktivität und ein **besseres Arbeitsklima**. Sogar ManagerInnen bestätigen, dass sich das Engagement von BetriebsrätInnen extrem positiv auf Arbeitsbedingungen und Arbeitsklima auswirkt. Auch was das sensible Thema Datenschutz betrifft, haben Unternehmen mit Betriebsrat die Nase vorn.

Lebensqualität heißt auch einmal abschalten dürfen

Der Arbeitsdruck steigt. Die arbeitenden Menschen erledigen immer mehr Aufgaben. Während die ArbeitnehmerInnen jeden Tag ihr Bestes geben, steht es mit der Qualität des Arbeitsumfeldes leider nicht zum Besten: Hier liegt Österreich nicht einmal im Mittelfeld der Industrienationen.

8 von 10 Beschäftigten sind auch in der Freizeit, im Urlaub oder im Krankenstand für die Arbeit erreichbar. **Lebenszeit** ist ein hohes Gut, und die ArbeitnehmerInnen brauchen längere **Erholungsphasen**. Die AK fordert daher ein modernes Arbeitszeitrecht mit Mitbestimmung durch Betriebsräte und ArbeitnehmerInnen, planbaren Arbeitszeiten und einem Anspruch auf die 4-Tage-Woche.

Die AK fordert:

- > Planbare und mitbestimmte Arbeitszeiten
- > Leichtere Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche und Anspruch auf 4-Tage-Woche
- > Mehr Mitbestimmung durch Betriebsräte in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt
- > Arbeits- und OrganisationspsychologInnen als gleichberechtigte Präventivfachkräfte etablieren
- > Die Anerkennung von Burn-Out als Berufskrankheit
- > Die Arbeitsinspektion als „Polizei der Arbeitswelt“ braucht 50 ArbeitsinspektorInnen mehr, um international vorgesehene Mindestvorgaben wieder zu erreichen

ARBEITSDRUCK WIRD GRÖßER

Wie haben sich Arbeitsdruck/Arbeitsmenge in den vergangenen 12 Monaten verändert?



Quelle: AK Strukturwandelbarometer (2018), eigene Darstellung

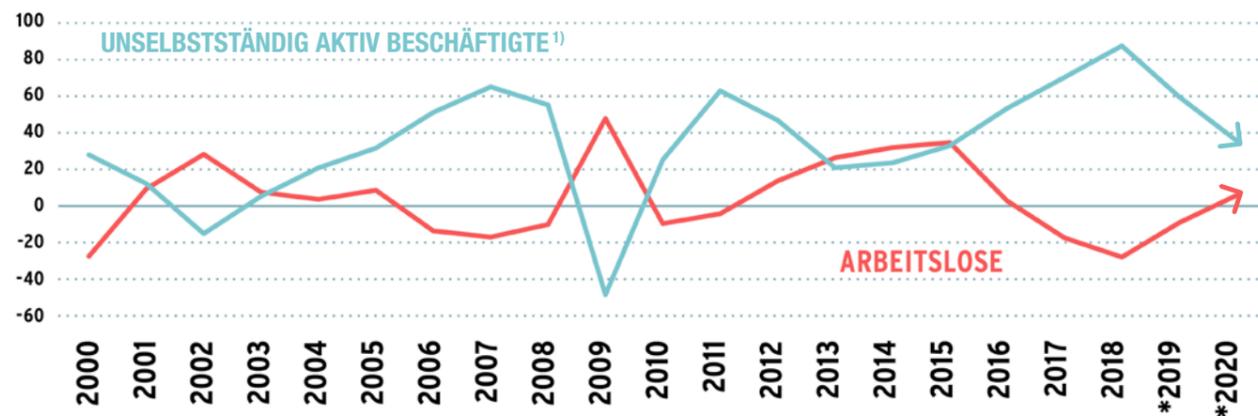
Steigende Arbeitslosigkeit erfordert Impulse

Die „fetten“ Jahre sind vorbei. Das rasante Wirtschaftswachstum wird sich einbremsen. Das Schlimmste an einer **Wirtschaftsflaute** ist die damit verbundene Arbeitslosigkeit. Die Menschen verlieren ihre Arbeit oder verdienen weniger – das bedeutet auch weniger Konsum und dadurch eine zusätzliche Schwächung der Wirtschaft. Neben den persönlichen Schicksalen ist eine hohe **Arbeitslosigkeit** auch ein Problem für jeden Staatshaushalt.

Die AK fordert daher von der nächsten Regierung ein **Beschäftigungspaket**, das die negativen Folgen einer Wirtschaftsflaute für die ArbeitnehmerInnen abschwächt.

BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000



Quelle: WIFO (2019) 1) Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. *) WIFO-Prognose (Juni 2019)

Die Folgen der Flaute

Aktuelle Prognosen bestätigen: Wir stehen vor einer Wirtschaftsflaute. Das Wachstum soll im Jahr 2020 nur noch +1,5 Prozent betragen – also gerade halb so viel wie 2018. Das wird den Arbeitsmarkt treffen. Dabei haben wir noch immer 100.000 Arbeitslose mehr als vor der Finanzkrise.

Gefahr erkannt – Gefahr gebannt

Wenn es weniger Arbeitsplätze gibt, bekommen das junge **BerufseinsteigerInnen** als erste zu spüren – sie finden deutlich schwerer eine Beschäftigung. Für **Arbeitslose über 55 Jahre** wird es immer schwieriger. Die Aktion 20.000 brachte da zwar kurzfristig eine Verbesserung, aber seit sie ersatzlos gestrichen wurde, hat diese Altersgruppe schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Arbeitsplatzsuche: Beraten statt strafen

Arbeitslosigkeit kann jede/n treffen. Professionelle **Unterstützung** durch das **AMS** macht es den Menschen leichter, rasch neue Arbeitsplätze zu finden – das spart Geld und wirkt besser als Kürzungen von Leistungen und Sanktionen.

Um den Anstieg der Arbeitslosigkeit abzufangen und gute Beratung und Vermittlung zu sichern, muss ab 2020 das AMS 500 zusätzliche MitarbeiterInnen bekommen.

Wer plötzlich ohne Arbeit da steht, hat es schwer genug. Die AK fordert daher Fairness bei den Zumutbarkeitsbestimmungen. Wer auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen ist, darf in keine Notlage gedrängt werden.

Bei der Arbeitsvermittlung muss darauf geachtet werden, die Menschen ihren Qualifikationen entsprechend einzusetzen, sonst geht wertvolles berufliches Knowhow verloren.

Das AMS wird leider von zu vielen Unternehmen zum „Zwischenparken“ ihrer Beschäftigten missbraucht. Sie kündigen die MitarbeiterInnen und stellen sie innerhalb von zwei Monaten wieder ein, um sich Geld zu ersparen. Die Allgemeinheit kostet das 160 Millionen Euro im Jahr. Die AK fordert, dass Unternehmen diesen finanziellen Schaden künftig ersetzen müssen.

Arbeit gibt Menschen Würde

Im Jahr 2018 waren über 40.000 Menschen über 45 länger als 2 Jahre auf Arbeitssuche. Für die Betroffenen ist das mehr als bitter. Sie haben ein Recht auf **sinnvolle Arbeit** und **anständige Bezahlung**. Wenn die Unternehmen auslassen, muss die öffentliche Hand einspringen. Das ist auch vernünftig, denn in den Gemeinden gibt es genug zu tun.

Die AK fordert daher eine „**Chance 45**“ als Weiterentwicklung der „Aktion 20.000“: Arbeitslose, die älter als 45 Jahre sind und länger als 2 Jahre keine Arbeit finden, haben eine Chance auf Einstellung verdient – das Entgelt soll mindestens 1.700 Euro brutto (Vollzeit) betragen.

Für Gemeinden, die ihren BürgerInnen mehr soziale, kulturelle oder ökologische Serviceleistungen anbieten wollen, wäre das ein sehr gutes Geschäft. Für jeden zusätzlichen Arbeitsplatz würden sie 2 Jahre lang 100 Prozent der Lohnkosten bekommen. Danach soll die Förderung jährlich um 10 Prozent sinken.

Die „Chance 45“ bringt für bis zu **40.000 Menschen** auch **Würde** und neue Perspektiven. Die dafür anfallenden Kosten sind jeden Cent wert.

Alle haben das Recht auf eine 2. Chance

Viele Menschen müssen oder wollen beruflich neu starten, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Dafür brauchen sie die passende Ausbildung, aber die derzeitigen öffentlichen Angebote reichen nicht aus.

Die AK spricht sich daher für ein Recht auf Weiterbildung aus, in Form des **Qualifizierungsgeldes**: Für Beschäftigte, Selbstständige und Arbeitslose muss es die Möglichkeit geben, eine selbstgewählte Ausbildung von maximal 36 Monaten zu absolvieren. In dieser Zeit sollen sie ausreichend finanziell unterstützt werden. Voraussetzungen sind eine fünfjährige Beschäftigung und eine spezielle Bildungsberatung.

Die AK fordert:

- > **Mehr Fairness in der Arbeitslosenversicherung** – bessere Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche, faire Zumutbarkeitsregeln und Stopp dem „Zwischenparken“
- > **Chance 45** – sinnvolle Arbeit schaffen statt Arbeitslosigkeit finanzieren
- > **Recht auf Weiterbildung** – mit dem neuen „Qualifizierungsgeld“ eine zweite Chance auf neue Berufsausbildung
- > **Beschäftigungspaket** – Investitionen in Klimaschutz und öffentliche Serviceleistungen

Beschäftigungspaket: Es gibt nur GewinnerInnen

Die AK schlägt einige Maßnahmen vor, um das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln. Schwerpunkte müssen **Investitionen in Klimaschutz** und der Ausbau öffentlicher Serviceleistungen sein. Die Bereiche sozialer Wohnbau, öffentlicher Nahverkehr und Pflege sind nicht nur wichtig für unsere Gesellschaft – sie erfordern auch viel Personal. Je mehr Menschen in Beschäftigung sind, desto mehr Geld fließt in den Wirtschaftskreislauf zurück. Davon profitieren wir alle. Zusätzlich brauchen wir ein EU-weites Investitionsprogramm gegen die Klimakrise, etwa durch den Ausbau des öffentlichen Fernverkehrs, neue Technologien, um saubere Energie zu gewinnen, oder Förderung der Klimaforschung.

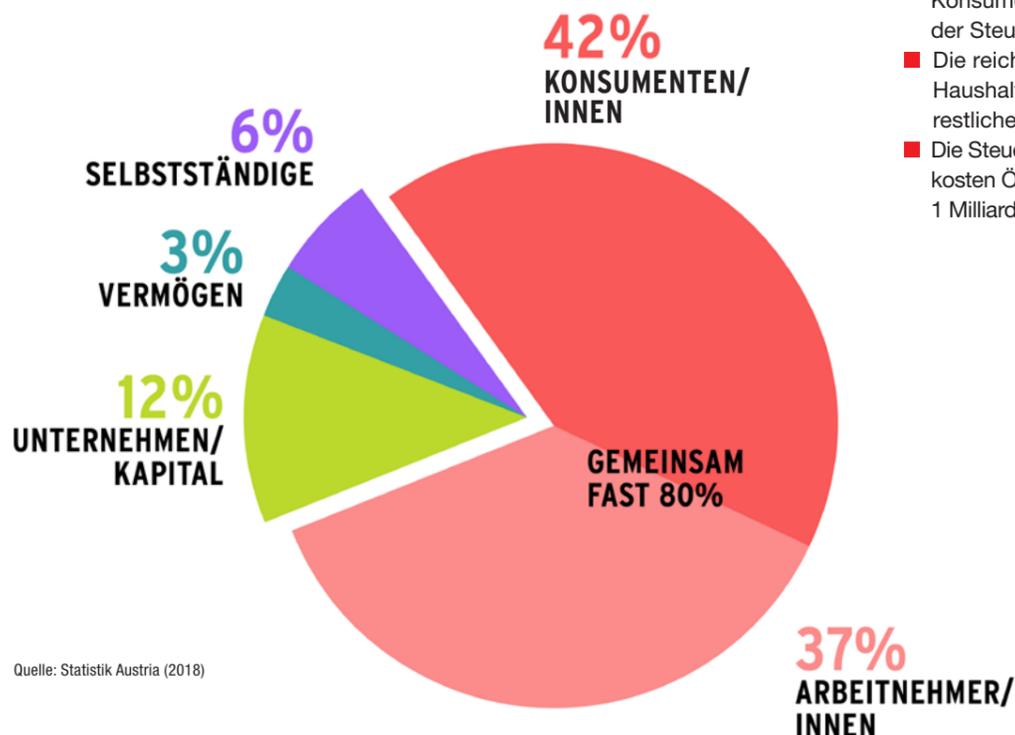
Unser Steuersystem bestraft die ArbeitnehmerInnen

Unser Steuersystem ist ungerecht. Internationale Konzerne und sehr Reiche zahlen kaum Steuern, während die ArbeitnehmerInnen sehr viel beitragen. Uns wird seit Jahren eingeredet, dass das so sein muss, damit Superreiche weiterhin in Österreich investieren – aber das ist schlicht gelogen. Finanzskandale wie Lux Leaks oder Panama Papers, bei denen wir alle um Milliarden von Steuergeld geprellt wurden, beweisen das. Der Wettbewerb um möglichst niedrige Konzernsteuern und die vielen Steuer-sümpfe nützen nur Großkonzernen und deren Eigentümern.

Die Dummen sind die ehrlichen kleinen UnternehmerInnen und die arbeitenden Menschen, die immer dann zur Kasse gebeten werden, wenn wieder einmal Steuerausfälle auszugleichen sind, die durch unredliche Praktiken entstanden sind. Während sich die Superreichen mit zahlreichen Tricks durchschummeln können, ohne ihren Beitrag zu leisten, wird den ArbeitnehmerInnen ihre Steuer jeden Monat automatisch abgezogen. In der Politik wird zwar viel über **Steuergerechtigkeit** geredet, aber passiert ist noch zu wenig.

WOHER KOMMEN DIE STEUERN?

Anteile am Steueraufkommen in Österreich



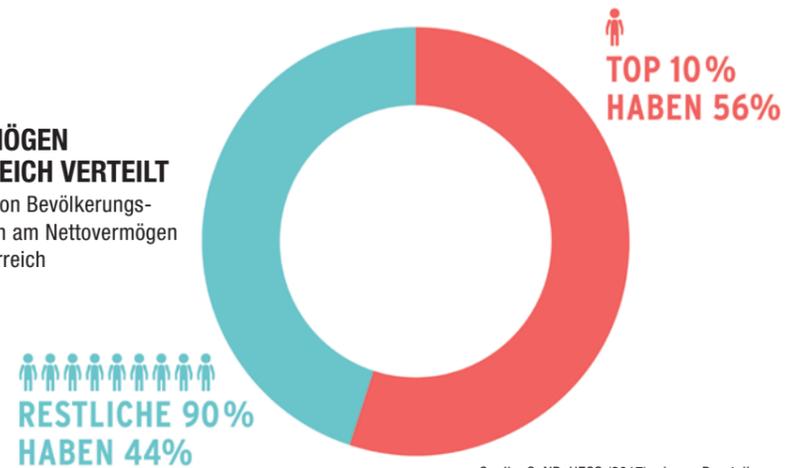
Quelle: Statistik Austria (2018)

Fakten

- Die ArbeitnehmerInnen und die KonsumentInnen zahlen 80 Prozent der Steuern.
- Die reichsten 10 Prozent der Haushalte besitzen mehr als die restlichen 90 Prozent zusammen.
- Die Steuertricks großer Konzerne kosten Österreich jährlich rund 1 Milliarde Euro.

VERMÖGEN UNGLEICH VERTEILT

Anteil von Bevölkerungsgruppen am Nettovermögen in Österreich



Quelle: OeNB, HFCS (2017), eigene Darstellung

Vermögenssteuern: Eine Frage der Gerechtigkeit

- In Österreich tragen die Vermögenssteuern lediglich 1,3 Prozent zum gesamten Steuer- und Abgabenaufkommen inklusive Sozialversicherung bei.
- In Deutschland sind es 2,7 Prozent und in den entwickelten Industriestaaten (OECD) durchschnittlich 5,7 Prozent.
- Wären Vermögenssteuern in Österreich wenigstens auf dem Niveau von Deutschland, müssten ArbeitnehmerInnen um 2 Milliarden Euro weniger Steuern zahlen.

Steuersystem muss solidarischer werden

Die kommende Bundesregierung muss eine sozial gerechte Steuerstrukturreform in Angriff nehmen. Es geht nicht darum, wieviel Steuern insgesamt bezahlt werden, sondern wer wieviel bezahlt. Darum fordert die AK, dass die **Steuerstruktur** reformiert wird. Große Vermögen müssen stärker besteuert werden als Arbeit. Eine solche Reform, wie sie uns auch die OECD und die EU-Kommission empfehlen, wäre gerecht, würde Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft ankurbeln.

Steuern – was ist zu tun?

- Während die extrem Vermögenden kaum Steuern zahlen, schlägt bei den ArbeitnehmerInnen die kalte Progression zu. Neben einer Lohnsteuersenkung braucht es daher auch Überlegungen zu einer Abschaffung der kalten Progression.
- Damit wir Zukunftsinvestitionen absichern können, müssen **Millionenvermögen**, große Erbschaften und Konzerne endlich einen gerechten Teil beitragen.
- Noch immer gibt es Schlupflöcher für Konzerne und Steuerdumping. Fairer Wettbewerb braucht globale Mindeststandards und eine gut ausgestattete Finanzbehörde, die der Beraterlobby die Stirn bietet.
- Wohnen muss billiger werden, viele Familien können sich kaum noch das Dach über dem Kopf leisten. Deshalb fordert die AK u.a. einen Wohnbonus (→ siehe leistbares Wohnen).
- Das Steuersystem muss die richtigen **ökologischen Anreize** setzen. Anstatt Klimasünder, wie z.B. den Flugverkehr zu subventionieren, sollte nachhaltiges Verhalten gefördert werden (→ siehe Klimaschutz).

Die AK fordert:

- > **Lohnsteuersenkung** von zumindest 3,5 Milliarden Euro zum Ausgleich der kalten Progression
- > Einführung einer **Millionärsabgabe** sowie einer **Erbschafts- und Schenkungssteuer** (mit hohen Freibeträgen) zur Pflegefinanzierung
- > **Schließen aller Schlupflöcher für Konzerne**
- > Einführung eines **EU-weiten Mindeststeuersatzes** für Unternehmensgewinne
- > **Keine Senkung der Körperschaftssteuer**
- > **Personelle Aufstockung der Finanzverwaltung**

Sozialer Zusammenhalt durch sozialen Ausgleich

Soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich haben Österreich stark und erfolgreich gemacht. Viele Länder sehen unseren Sozialstaat zu Recht als Vorbild.

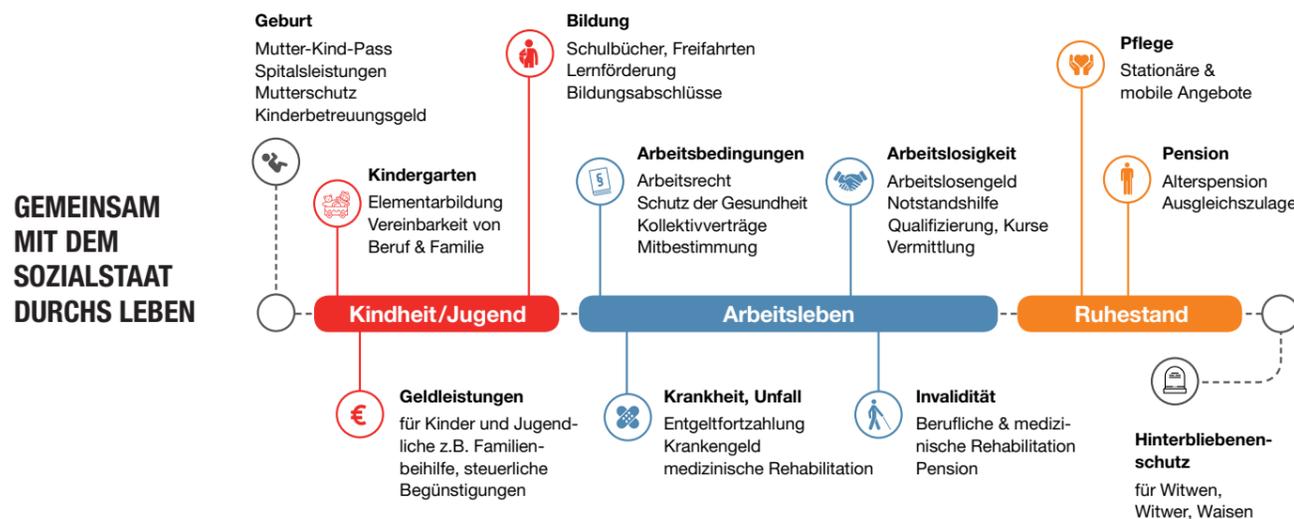
In Österreich erhalten 8,6 Millionen Menschen eine Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau. Bildung ist weitgehend kostenfrei. Familien werden umfassend unterstützt. Bei Verlust des Arbeitsplatzes wird mit dem Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe ein abruptes Abrutschen in die Mindestsicherung (Sozialhilfe) verhindert. Die gesetzliche Pensionsversicherung („Pensionskonto“) bietet auch jungen Menschen gute und sichere Pensionen.

Der beste Weg für Österreich wäre der Weg des Dialogs und sozialen Ausgleichs. Der Zusammenhalt muss daher für jede Bundesregierung im Mittelpunkt stehen.

Solidarität und **Verlässlichkeit** im Sozialstaat bedeuten: Jede/r einzelne soll sich auf den Sozialstaat verlassen können – in jeder Phase des Lebens. Dafür müssen auch alle faire Beiträge leisten!

Sozialstaat sichert Zukunft: Österreich ist ein sehr attraktiver Wirtschaftsstandort. Das wäre ohne die hohen **Sozialstandards** nicht möglich. Der Sozialstaat hat wesentlich dazu beigetragen, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen. Auch in Zukunft wird er eine zentrale Rolle spielen – wenn man ihn lässt!

Gerade in Zeiten der Digitalisierung und der Klimakrise, gerade in Zeiten großer Veränderungen und Umbrüche brauchen die Menschen die **Sicherheit**, die nur der Sozialstaat bietet. Davon profitieren letztendlich alle.



Über das ganze Leben

Medizinische Versorgung / Unterstützung für Familien / Soziale Dienste / Wohnen / Leistungen bei Behinderung / Armutsbekämpfung

Quelle: AK (2019), eigene Darstellung

Die Leistungen eines Arbeitslebens respektieren

Das Pensionskonto bietet auch jungen Menschen gute und sichere Pensionen – das darf nicht infrage gestellt werden. Die gesetzliche **Pension** muss den **Lebensstandard** sichern. 45 Jahre müssen genug sein, um mit 62 Jahren eine faire Pension zu erhalten.

Gesund in Pension gehen können

Arbeit ist dann altersgerecht, wenn sie vom Einstieg ins Berufsleben bis zum Erreichen des Pensionsalters ausgeübt werden kann – bei guter physischer und psychischer Gesundheit.

Integration vor Zuzug, Lohndruck verhindern

Der österreichische Arbeitsmarkt soll den Menschen, die hier leben, faire Einkommen, gute Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen bieten.

Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin viel zu hoch und sie wird steigen. Bei Mangel an bestimmten Fachkräften muss daher die Integration der in Österreich Arbeit Suchenden erste Priorität haben – und nicht das Anwerben von NiedriglohnbezieherInnen aus dem Ausland.

Ein Fokus muss auf der Arbeitsmarktintegration von in Österreich Asylberechtigten liegen. Gekürzte Sozialleistungen oder das Abgleiten in Schwarzarbeit oder Ausbeutungsverhältnisse sind nicht akzeptabel und bringen auch reguläre österreichische Arbeitsverhältnisse unter Druck.

Das AMS muss daher wieder 100 Millionen Euro für die tatsächliche Umsetzung des gesetzlich vorgesehenen Integrationsjahres erhalten. Die unsinnige Abschiebung von gut integrierten Lehrlingen während des Lehrverhältnisses, um dann wieder nach Zuzug in Mangelberufe zu rufen, muss beendet werden.

Lohn- und Sozialdumping sind keine Kavaliersdelikte

Unfairer Wettbewerb muss konsequent verhindert werden. Die besten Regeln helfen nichts, wenn sie nicht kontrolliert werden. Eine Aufstockung der **Finanzpolizei** ist unumgänglich, und die Beitragsprüfung soll bei der Sozialversicherung bleiben.

Beste Gesundheitsversorgung für alle

Der Zugang zu Gesundheitsleistungen auf höchstem Niveau muss erhalten bleiben. Dafür ist sicherzustellen, dass die ArbeitnehmerInnen in der Selbstverwaltung ihrer Sozialversicherung wieder selbst entscheiden können.

Auch die finanzielle Schwächung der Krankenversicherung ist umgehend rückgängig zu machen.

Durch faire **Finanzierung** und einheitliche Kassenverträge muss es einheitliche Standards für alle Berufsgruppen geben. Besonders wichtig dabei sind die wohnortnahe Versorgung, ein wertschätzender Umgang mit den PatientInnen und **gute Arbeitsbedingungen** für jene, die diese Gesundheitsdienstleistungen erbringen.

Die soziale und menschliche Komponente der Pflege stärken

Der Schlüssel zu guter Pflege liegt in der Verschränkung von mobiler und stationärer Betreuung. Man kann Menschen, die immer langsamer werden, nicht immer schneller pflegen, darum brauchen wir **mehr Personal** in der Pflege.

Wer Angehörige pflegt, verliert nicht nur Einkommen, sondern auch Pensionsansprüche. Daher braucht es einen niederschweligen Zugang zu Unterstützungs- und Informationsangeboten über soziale Absicherung für pflegende Angehörige.

Die AK fordert:

- > Ausbau unseres guten Gesundheitssystems z.B. bei Psychotherapie und Kindertherapien
- > Die ArbeitnehmerInnen müssen in ihrer Sozialversicherung wieder selbst das Sagen haben
- > Die Absicherung unseres guten Pensionssystems in der Verfassung
- > Flächendeckender Ausbau der integrierten mobilen und stationären Pflege
- > Psychische und physische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren – Prävention ausbauen!
- > Integrationsjahr mit 100 Millionen Euro jährlich dotieren
- > Rot-Weiß-Rot-Card nur für hochqualifizierte Fachkräfte
- > Lohn- und Sozialdumping effektiv verhindern
- > Soziale Mindeststandards auf EU-Ebene für sozialen Fortschritt

Hohe Beschäftigung und faire Einkommen sichern die Finanzierung

Bei der Finanzierung des Sozialstaats ist eines klar: Je mehr Menschen eine fair bezahlte Arbeit haben, desto sicherer sind gute Leistungen für alle.

Nichtsdestotrotz: Damit der Sozialstaat funktioniert, müssen alle – also nicht nur die ArbeitnehmerInnen – solidarische Finanzierungsbeiträge leisten.

Ein gutes Leben für Frauen und Männer

Frauen und Männer müssen ihr Leben frei gestalten können. Ein eigenes und existenzsicherndes Einkommen ermöglicht Frauen ein wirtschaftlich unabhängiges Leben. Die Arbeiterkammer fordert daher u.a. Lohntransparenz, bessere Kinderbildungseinrichtungen und partnerschaftliche Teilung der Familienarbeit. Migrantinnen müssen besonders unterstützt werden, um am Arbeitsleben gleichwertig teilnehmen zu können.

Gute und leistbare Kinderbetreuung

Eine breite Befragung von Eltern hat gezeigt, dass der Ausbau sowie die Verbesserung der Öffnungszeiten dringend notwendig sind. Auch die **Qualität der Betreuung** ist den Eltern ein wesentliches Anliegen. Viele empfinden zudem die Kosten als große Belastung. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Österreich zu wenig im Bereich der frühkindlichen Bildung investiert. Würden die Ausgaben auf den EU-Schnitt angehoben werden (auf 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts), könnten Quantität und Qualität des Angebots massiv verbessert werden. Die Mehrkosten wären 1,2 Milliarden Euro.

Keine Hürden beim Kinderbetreuungsgeld

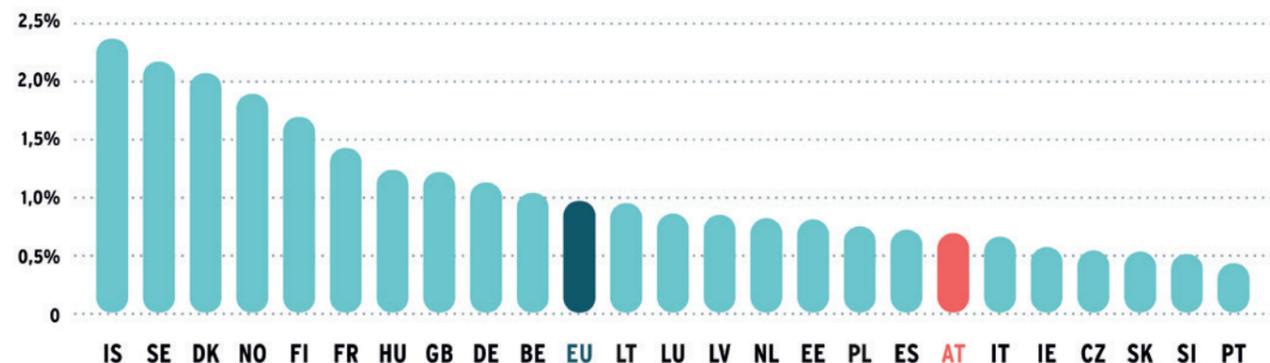
Beim Kinderbetreuungsgeld gibt es seit 2017 nunmehr das flexible Konto-Modell. Das war ein guter Schritt, doch die konkreten Bestimmungen sind äußerst komplex und verursachen in der Praxis bei den Eltern zahlreiche Probleme. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird durch die fehlende Abstimmung mit den arbeitsrechtlichen Regelungen zusätzlich erschwert. So können beim Familienzeitbonusgesetz bürokratische Hürden zum Anspruchsverlust führen. Die AK fordert eine verständliche und **praxisnahe Umgestaltung**.

Partnerschaftliche Teilung von Arbeitszeit

Studien zeigen, dass die „gesunde Vollzeit“ von 30 bis 32 Stunden pro Woche eine gute Bandbreite für eine partnerschaftliche Teilung der **Erwerbsarbeit** darstellt – und damit auch zu einer gerechteren Organisation der **Familienarbeit** beiträgt. Die aktuelle Arbeitszeitpraxis drängt hingegen viele Familien zu einer traditionellen Rollenaufteilung. Mehr Gestaltungs- und Mitbestimmungsrechte (z.B. ein Rechtsanspruch auf 4-Tage-Woche) wären nicht nur für Paare bzw. Familien vernünftig, sondern würden zu mehr Gesundheit und Zufriedenheit beitragen und die Arbeitslosigkeit senken.

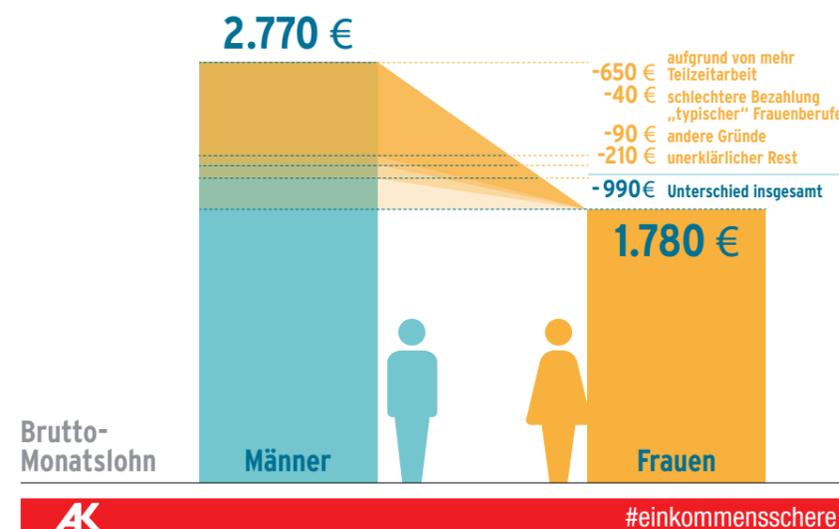
ÖFFENTLICHE AUSGABEN FÜR KINDERBETREUUNG

in Prozent des Bruttoinlandsproduktes



Quelle: OECD (2019), Werte für 2015; eigene Darstellung

EINKOMMENSCHERE



Quelle: Statistik Austria (2018); Lohnsteuerstatistik/Verdienst- und Strukturhebung; eigene Berechnungen

Einkommensschere schließen

Die Einkommensberichte von Unternehmen sind ein wichtiger Schritt zu mehr Lohntransparenz. Sie dürfen aber nicht auf dieser Ebene steckenbleiben. Das **Schließen der Einkommensschere** muss weiterhin das Ziel bleiben. Die AK fordert daher die Offenlegung von Löhnen und Gehältern im Betrieb selbst.

Im AMS-Budget muss gewährleistet werden, dass ausreichend Mittel der Arbeitsmarktförderung zur Überwindung der Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt und zur Verbesserung ihrer Erwerbskarrieren zur Verfügung stehen.

Diskriminierung bekämpfen

In einer österreichweiten Erhebung gab fast die Hälfte aller befragten Personen zwischen 14 und 65 Jahren (43 Prozent) an, sich in den letzten drei Jahren in den Bereichen Arbeitswelt, Wohnen, Gesundheit oder Ausbildung diskriminiert gefühlt zu haben. Das sind mehr als 2,5 Millionen Menschen. Wie häufig jemand Diskriminierung erlebt, ist stark von persönlichen Merkmalen abhängig. Die AK fordert ein **starkes Gleichbehandlungsrecht** („Leveling Up“, Verbandsklage). Genauso wichtig ist ein starker Sozialstaat mit einem guten Bildungs- und Gesundheitssystem sowie sozialem Wohnbau, der mithilft, dass die Mieten nicht explodieren und auch Menschen mit geringem Einkommen Zugang zu Wohnraum haben.

- Die AK fordert:**
- > Erhöhung der Investitionen in Kinderbildung
 - > Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplatz ab 1. Geburtstag
 - > Ein kostenloses 2. Kindergartenjahr für alle
 - > Lohntransparenz im Betrieb
 - > Partnerschaftliche Teilung der Arbeitszeit fördern
 - > Stärkung der Migrantinnen durch ein breites Maßnahmenpaket
 - > Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die von Menschenhandel und/oder Gewalt betroffen sind
 - > Hürden beim Kinderbetreuungsgeld beseitigen

Integrationshürden beseitigen

Migrantinnen benötigen gezielte Unterstützung, sowohl beim Erwerb der deutschen Sprache als auch durch Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Denn: Voll in die Gesellschaft und Berufswelt integrierte Migrantinnen können sich selbst erhalten und sind nicht auf Sozialtransfers angewiesen.

Frauen, die von Gewalt und/oder Menschenhandel bedroht sind, brauchen einen eigenständigen und unabhängigen Aufenthaltsstatus.

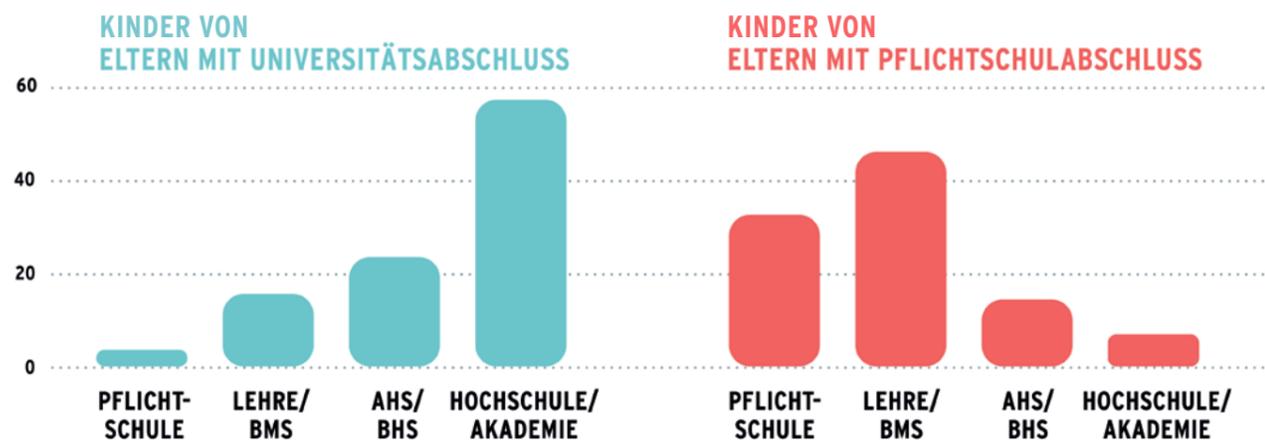
Bildung: Eine Frage von Unterstützung und Zeit

Um sich Wissen anzueignen, braucht man Zeit und Unterstützung: Angebote für berufstätige Eltern, die ihren Kindern beim Lernen zur Seite stehen müssen, und für Berufstätige, die sich neben der Arbeit weiterbilden wollen. Bildung ist der wertvollste Rohstoff einer modernen Gesellschaft. Die Arbeiterkammer fordert daher ein Bildungssystem, in dem jedes Kind so gefördert wird, dass es seine **Talente entdecken** und entwickeln kann. Kritisches Denken und freie Meinungsäußerung sind der Grundstein unserer Demokratie, und Bildung ist ihr Zement.

Eine moderne Schulfinanzierung muss gewährleisten, dass jedes Kind seine Chance für den persönlichen Bildungserfolg bekommt. Dafür hat die AK das **Chancenindex-Modell** entwickelt. Die Bildungskarriere unserer Kinder darf nicht davon abhängen, ob die Eltern sich Nachhilfe leisten oder ihren Kindern beim Lernen helfen können. Anstatt also das Geld wie bisher nur nach der SchülerInnenanzahl zu verteilen, müssen auch andere Faktoren berücksichtigt werden. Es müssen jene Schulen zusätzliche Mittel erhalten, deren SchülerInnen mehr Unterstützung brauchen. Bildung wird in Österreich noch immer vererbt – diese Ungerechtigkeit kann durch mehr Förderangebote, zusätzliche PädagogInnen und mehr administratives Personal ausgeglichen werden.

STARKE BILDUNGSVERERBUNG IN ÖSTERREICH

Bildungsabschlüsse von 25-44-Jährigen nach Bildungshintergrund der Eltern (in Prozent)



Quelle: Statistik Austria (2019); Daten für 2016; eigene Darstellung



Öffentliche Bildung beginnt mit dem Kindergarten

Der Kindergarten muss endlich auch als Bildungseinrichtung angesehen werden. Neben dem Ausbau von Kindergartenplätzen und der Erweiterung der **Öffnungszeiten** muss die pädagogische **Qualität in den Mittelpunkt** rücken. Dafür braucht es eine Aufwertung und bessere Bezahlung der Beschäftigten sowie mehr Zeit und bessere Ausstattung, um auf jedes Kind individuell eingehen zu können.

Lehrlinge sind die Fachkräfte von morgen

Das duale Ausbildungssystem sichert die Fachkräfte von morgen. Statt den Fachkräftemangel zu beklagen, müssen Verbesserungen bei Lehrstellenförderung und betrieblicher Ausbildung vorgenommen werden. Die AK fordert außerdem eine zeitgemäße Reform der Lehrabschlussprüfung sowie Erleichterungen beim Nachholen eines Lehrabschlusses. Der Bildungsweg zur Matura muss gratis bleiben.

Studieren darf kein Privileg sein

Der zweite Bildungsweg kann steinig sein. Der **Ausbau von Fachhochschulen** und berufsbegleitenden Studienangeboten würde es deutlich leichter machen, ein Studium neben dem Job zu absolvieren. Die AK fordert außerdem eine **Reform der Studienbeihilfen**: Zum einen müssen die Altersgrenzen angehoben werden, zum anderen ist eine Anpassung an die Inflation nötig.

Sprachen sind der Schlüssel zur Welt

Bildung ist der Schlüssel zu Integration. Es ist also völlig absurd, die **Mittel für Integrationsmaßnahmen** (wie Sprachförderung, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, mobile interkulturelle Teams) zu kürzen. Bei der Integration von Kindern zu sparen ist der denkbar schlechteste Weg. Denn Investitionen in die Zukunft jedes einzelnen Kindes bringen noch immer die besten Erträge.

Ein Recht auf Weiterbildung

In einer Zeit, in der Wissen extrem schnell überholt ist, wird Aus- und Weiterbildung zum wichtigsten Rüstzeug für die Zukunft. Die AK fordert daher, dass alle ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit bekommen, sich weiter zu qualifizieren. Betriebe, die selbst keine Weiterbildung anbieten, sollen ihre MitarbeiterInnen dafür **eine Arbeitswoche** lang freistellen.

Initiative Erwachsenenbildung sichern

Seit 2012 gibt es gratis Lehrgänge zur Basisbildung und zum **Nachholen des Pflichtschulabschlusses**. Die „Initiative Erwachsenenbildung“ hat derzeit Projektstatus und muss daher immer wieder verlängert werden. Die AK fordert ein neues Gesetz, das die Finanzierung und Organisation der „Initiative Erwachsenenbildung“ dauerhaft und verlässlich regelt.

Die AK fordert:

- > Schulfinanzierung nach dem AK-Chancenindex
- > Ausbau der Ganztagschulen: mehr Plätze, mehr Qualität
- > Recht auf Weiterbildung
- > Reform der SchülerInnenbeihilfe
- > Finanzierungssicherheit für die „Initiative Erwachsenenbildung“
- > Ausbau von Kindergartenplätzen und Erweiterung der Öffnungszeiten
- > Ausbau von Fachhochschulen und berufsbegleitenden Studienangeboten
- > Reform der Lehrabschlussprüfung sowie Erleichterungen beim Nachholen eines Lehrabschlusses
- > Berufsorientierung als eigener Gegenstand in allen Schulformen

Reform der SchülerInnenbeihilfe

Auch wenn der Schulbesuch gratis ist, fallen für Eltern Kosten an, etwa Schulsachen, Ausflüge, Nachhilfe, usw. Das ist nicht für alle Familien leistbar. Deswegen gibt es die SchülerInnenbeihilfe. Der Grundbetrag von 1.130 Euro jährlich ist seit 2007 nicht mehr an die Inflation angepasst worden, während die Ausgaben für den Schulbesuch ständig steigen. Die AK fordert daher die sofortige Anpassung und **Erhöhung der SchülerInnenbeihilfe**.

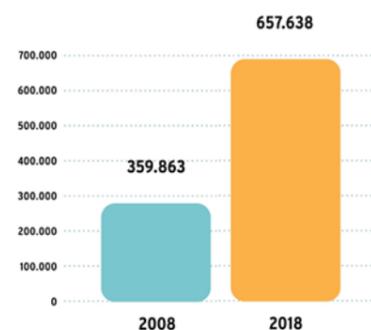
Wohnen darf kein Luxus sein

Das Dach über dem Kopf wird für immer mehr Menschen zur **Existenzfrage**.

Früher galt als Faustregel: 20 bis 25 Prozent des Gehalts sollte man fürs Wohnen einrechnen. Heute zahlen viele Familien, wenn sie keine Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung haben, aber schon 30 bis 40 Prozent des Gehalts. Die Kosten für private Mietwohnungen sind den Einkommen längst davongaloppiert. Dazu kommt, dass befristete Mietverträge mittlerweile nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sind: Zwei von drei neuen privaten Mietverträgen sind befristet.

Das geltende Mietrecht ist intransparent, schwammig formuliert und kaum zu durchschauen.

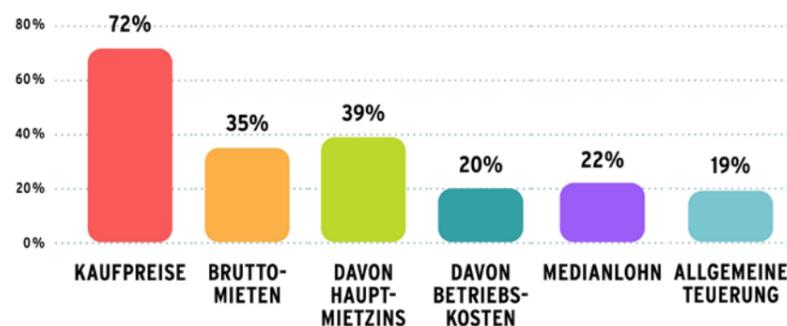
BERFRISTETE, PRIVATE MIETVERTRÄGE IN ÖSTERREICH



Quelle: Statistik Austria (2019), Mikrozensus; eigene Darstellung

STEIGERUNG DER WOHNKOSTEN

Private Neuvertragsmieten und Wohnungspreise – Österreich 2008 bis 2018



Quelle: Österreichische Nationalbank, Mikrozensus – Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, AK Berechnungen

Im Gesetz steht kein fixer Katalog an Zuschlägen, die zusätzlich zu den Richtwerten, die alle 2 Jahre durch das Justizministerium verlautbart werden, verlangt werden dürfen. Deshalb gibt es hier einen Wildwuchs. Selbst RichterInnen tun sich schwer, den Paragraphendschub zu durchblicken.

Viele VermieterInnen ignorieren zum Teil das Gesetz. Sie verlangen das, was der Markt hergibt, ohne sich an irgendwelche Vorschriften zu halten. Dazu kommt, dass das Mietrechtsgesetz in vollem Ausmaß nur für Häuser gilt, die vor 1945 erbaut wurden.

Wohnen müssen alle, daher setzt sich die AK für leistbaren Wohnraum ein.

Wir brauchen mehr geförderten Wohnbau

Vielerorts gibt es entweder nicht genügend oder zu teure Wohnungen. Verantwortlich dafür sind Spekulationen mit Wohnraum und starker Zuzug vor allem in die größeren Städte. Das **Angebot** an neuen, **leistbaren Wohnungen** muss daher erhöht werden. Das funktioniert nur über mehr geförderten Wohnbau.

Gegen Mietwucher und für Begrenzungen bei Mieten!

Begrenzungen bei Mieten im Altbau funktionieren in der Praxis selten. Viel zu oft müssen MieterInnen um eine korrekte und vor allem niedrigere Miete streiten. Das ist oft langwierig und mit erheblichen Unsicherheiten und Kosten verbunden. Die AK spricht sich klar gegen Mietwucher aus und fordert erstens **Mietenbegrenzungen**, die auch in der Praxis funktionieren. Zweitens muss die Anwendung der Richtwertmieten ausgeweitet werden (der Betrag, der maximal pro Quadratmeter/Monat verlangt werden darf). Wenn VermieterInnen diesen Höchstbetrag als „Mindestempfehlung“ falsch verstehen, müssen die Strafen dafür deutlich spürbar werden, z.B. als doppelte Rückzahlung.

Maßnahmen gegen Grundstücksspekulationen

In Ballungszentren und Städten, aber auch in manchen Alpentälern ist Platz eine Mangelware. Die entsprechend hohen Grundstückspreise sind der größte Hemmschuh für mehr geförderten Wohnbau. Deshalb sind Maßnahmen gegen jede Form der Grundstücksspekulation erforderlich.

Wohnbonus für MieterInnen und EigenheimbesitzerInnen

Die Menschen brauchen rasch eine Milderung der hohen Wohnkosten. Dazu fordert die AK einen **Wohnbonus**. Damit können bis zu 10 Prozent der Wohnkosten (maximal 500 Euro pro Jahr) **von der Steuer abgesetzt** werden. Für GeringverdienerInnen gibt es den Wohnbonus als Steuergutschrift. Es profitieren nicht nur MieterInnen, sondern auch EigenheimbesitzerInnen mit z.B. Kredit- oder Renovierungskosten.

Aus für befristete Mietverträge

Immer mehr Wohnungen im privaten Bereich werden nur mehr befristet vermietet. Mittlerweile ist das bei zwei von drei neuen Mietverträgen im privaten Bereich der Fall. Läuft der Mietvertrag aus und kann oder will man sich die Erhöhung der Miete nicht leisten, beginnt die Wohnungssuche von vorne. Die AK fordert, dass große Immobiliengesellschaften und Vermietungsunternehmen nicht mehr befristet vermieten dürfen.

Weg mit den Maklergebühren für MieterInnen und KäuferInnen!

Es sind fast immer die VermieterInnen und Bauträger, die Makler beauftragen. Wer anschafft, der soll auch zahlen – so wie in Deutschland. Dort wurde eine entsprechende Regelung schon 2015 umgesetzt. Die zusätzlichen Kosten, wie Kautions-, Mietvertragsgebühren u.ä., sind mitunter schon Stolpersteine, um eine Wohnung überhaupt anzumieten. Deswegen fordert die AK das Aus für Maklergebühren für Wohnungssuchende.

Die AK fordert:

- > Mehr geförderter Wohnbau
- > Gegen Mietwucher und für Mietenbegrenzungen
- > Aus für Befristungen
- > Weg mit den Maklergebühren für MieterInnen und KäuferInnen
- > Ein modernes Mietrecht
- > Wohnbonus
- > Effektive Maßnahmen gegen Grundstücksspekulationen

Ein modernes Mietrecht

Dieses neue Mietrecht muss **verständlich, gerecht** und **transparent** sein. Es muss eine klare Mietobergrenze für den privaten Bereich enthalten. Im Gesetz muss genau stehen, welche Zuschläge erlaubt sind, und auch für diese Zuschläge braucht es eine klare Begrenzung. Das Gesetz muss für alle privaten Mietwohnungen gelten, die älter als 30 Jahre sind. Mit dieser Beschränkung gerät auch der Neubau von Wohnungen im privaten Bereich nicht ins Stocken.

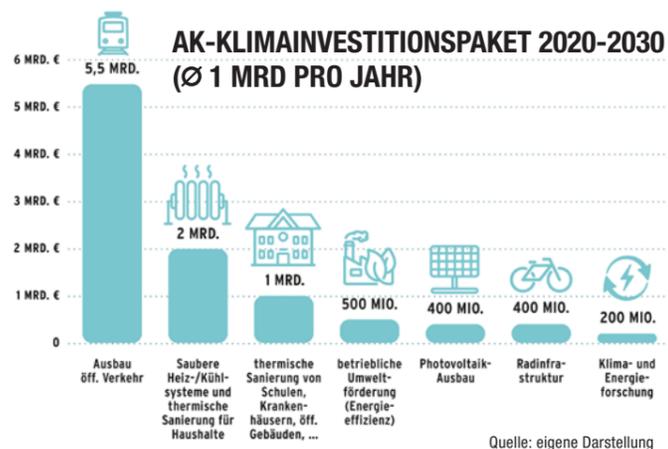
Es gibt keinen Plan(eten) B

Die **Klimakrise** ist Realität, und sie wird eindeutig von uns Menschen verursacht – das ist die schlechte Nachricht. Es gibt aber auch eine gute: Wir können etwas dagegen tun.

Wenn wir das Ruder noch herumreißen wollen, wird es nicht mit ein paar Feigenblattaktionen getan sein. Wir brauchen ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die **sozial ausgewogen** sind und langfristig wirken.

Bis 2050 muss das Wirtschaftssystem so umgestaltet werden, dass wir ohne Kohle, Erdöl und Erdgas auskommen. Das wird uns alle betreffen – aber nicht im selben Ausmaß! Denn Umweltbelastungen sind auch eine soziale Frage. Für den Bauarbeiter in der Gluthitze sind die Folgen andere als für jemanden, der einen klimatisierten Arbeitsplatz hat. Wer ein Haus im Grünen besitzt, vielleicht sogar einen Swimmingpool oder eine teure Klimaanlage, wird mit der Erderhitzung besser zurechtkommen als Familien in schlecht isolierten Miethäusern an stark befahrenen Straßen. Klimapolitik ist daher zunehmend auch Sozialpolitik.

Für die AK steht fest: Es muss rasch etwas getan werden. Statt Strafzahlungen in Milliardenhöhe zu riskieren, muss die kommende Bundesregierung ein umfassendes **Investitionspaket** auf den Weg bringen. Die AK hat hierfür ein Maßnahmenbündel für 2020 bis 2030 geschnürt.



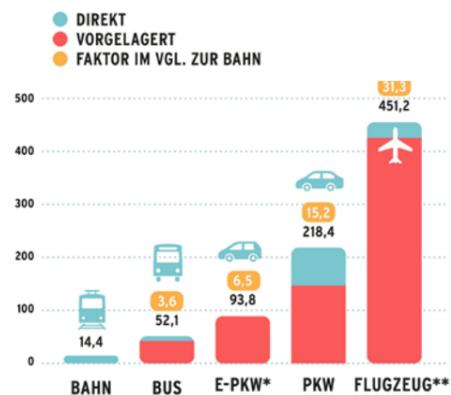
Jeder hat das Recht auf saubere Mobilität

Mobil zu sein ist ein Grundbedürfnis. Die AK fordert eine umweltfreundliche **Mobilitätsgarantie** für alle. Diese erfordert den Ausbau der Öffis, besonders im ländlichen Raum. Dafür sind die Umstellung auf CO₂-neutrale Regionalbusse, der **Ausbau** und die langfristige Finanzierung des **Bahnverkehrs**, eine flächendeckende Infrastruktur für Fahrräder, E-Bikes und Car-Sharing sowie der Ausbau des „micro-öffentlichen“ Verkehrs wie z.B. Sammeltaxis, Gemeindebusse usw. notwendig.

Klimaschutz auf Schiene bringen

Der Verkehr der Zukunft darf sich nicht mehr nur um Autos, Schnellstraßen und Parkplätze drehen – das können wir uns nicht mehr leisten. Am massiven Ausbau des Schienennetzes und spürbar mehr Fahrplanangebot führt kein Weg vorbei. Da muss bundesweit und rasch massiv investiert werden. Diesellokomotiven, die immer noch ein Viertel aller Regionalbahnen hinter sich herziehen, müssen bis 2030 elektrifiziert werden. Haltestellen müssen dort sein, wo Menschen jetzt leben und arbeiten, und nicht, wo sie vor 100 Jahren geplant wurden. Und weg mit den Nadelöhren bei den Fahrplänen: Eingleisige Regionalbahnen müssen modernisiert und besser integriert werden.

HOHE EMISSIONEN BEI PKW UND FLUGVERKEHR



Die Energie der Zukunft und die Zukunft der Energie

Energie ist keine Ware wie jede andere. Ohne Energie gibt es keine Wärme, kein Licht, aber auch keinen Zugang zu Computer oder Smartphone. Es ist heutzutage nicht mehr möglich, den Alltag oder das Berufsleben ohne Strom zu bewältigen.

Für eine echte Energiewende wird es auch nicht reichen, einfach auf Energiesparlampen umzusteigen. Für die AK steht fest, dass Energie für alle leistbar bleiben muss. Die AK fordert daher den **Ausbau erneuerbarer Energien** und die gerechte Verteilung der Förderkosten, Förderungen für thermische Sanierung und saubere Heiz- und Kühlsysteme sowie den sparsamen Einsatz von Energie durch ein **Energieeffizienzgesetz**, das auch streng kontrolliert wird.

Menschen, die von **Energiearmut** betroffen sind, müssen unterstützt werden, genauso braucht es mehr Rechte für KonsumentInnen im Bereich der Wärmeversorgung. Aber die Industrie darf es sich nicht richten können, sie muss ihren Beitrag zum Ausbau der Stromnetze und der erneuerbaren Energien leisten. Wer zum Klimaschutz beiträgt, soll belohnt werden, z.B. mit Klimarabatten für den öffentlichen Verkehr.

Schuldenbremse = Zukunftskiller

Investitionen in den Klimaschutz sind Investitionen in eine Zukunft, die es sonst nicht geben wird. Wer ausgerechnet jetzt die Schuldenbremse in die Verfassung schreibt, der verhindert genau diese Investitionen. Abgesehen von den milliardenschweren Strafzahlungen, die fällig werden, wenn wir die Klimaziele verfehlen: Wer jetzt auf der Bremse steht, gefährdet den Planeten und das Leben unserer Kinder und Enkelkinder.

Hitzeschutz am Arbeitsplatz

Die Anzahl der Hitzetage steigt kontinuierlich an und damit auch die gesundheitlichen Belastungen am Arbeitsplatz. Die AK fordert daher technische und organisatorische Schutzmaßnahmen durch die Arbeitgeber bei Arbeiten über 25 Grad Innentemperatur und ab 32 Grad Außentemperatur.

Weniger Steuern für Öffis und alle, die sie nutzen

- PendlerInnen brauchen nicht nur ein besseres Öffi-Angebot, sondern auch Anreize, dieses zu nutzen. Daher fordert die AK ein höheres Pendlerpauschale für PendlerInnen, wenn sie überwiegend mit den Öffis pendeln – eingebettet in eine Gesamtreform, die die Pendlerförderung einfacher und gerechter macht (Öko-Bonus).
- Öffi-Tickets, die vom Arbeitgeber gezahlt werden, müssen künftig auch dann lohnsteuerfrei sein, wenn sie vom Arbeitnehmer erworben werden (Jobticket Neu).
- Die Steuervorteile im Verkehr sind falsch gesetzt. Anstatt Klimawandel wie den Flugverkehr zu privilegieren, braucht es Steuervorteile für die Bahn. Deshalb fordert die AK eine EU-weite **Kerosinsteuer**, eine Umsatzsteuer auf Flugtickets statt auf Bahntickets und die Abschaffung der Energieabgabe auf Bahnstrom. Als ersten Schritt in Richtung Kostenwahrheit fordern die AK die Erhöhung der österreichischen Flugabgabe.
- Auch die LKW-Maut auf allen Straßen wäre ein wichtiger Beitrag.
- Förderung der Elektromobilität: Bahn, E-Bus und Bim sind wichtig für den Klimaschutz. Hohe Förderungen für private Elektroautos sind dagegen teuer und weniger effektiv.
- Spielraum für Gemeinden: Die AK fordert, dass die bestehende Verkehrsanschlussabgabe zukünftig verpflichtend eingehoben wird. Die Einnahmen daraus sollen – wie im Gesetz vorgesehen – für den öffentlichen Verkehr verwendet werden.

Die AK fordert:

- > **Massiver Ausbau der Öffis**
- > **Echte Energiewende**
- > **Keine Schuldenbremse in die Verfassung**
- > **Hitzeschutz am Arbeitsplatz**
- > **Sozial gerechtes und ökologisches Steuersystem**
- > **Öko-Bonus und Jobticket Neu**
- > **LKW-Maut auf allen Straßen**
- > **Verkehrsanschlussabgabe künftig verpflichtend einheben**

Soziale(s) Steuern

Auch das Steuersystem kann einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die vielgeforderte CO₂-Steuer ist allerdings kein Allheilmittel: Dort, wo technologische Alternativen fehlen, ist sie sinnlos. Die AK setzt sich daher für ein **sozial gerechtes und ökologisches Steuersystem** ein. Aus Studien ist bekannt, dass gerade die Menschen, die wenig verdienen, stärker unter der Klimakrise leiden – sie sollen dafür nicht noch zusätzlich zur Kasse gebeten werden.

Mehr Chancen für
meine Zukunft?

Für mich!

Das AK Zukunftsprogramm:
150 Millionen Euro für neue
Leistungen!

Der AK Mitgliedsbeitrag beträgt bei einem mittleren Einkommen 7 Euro.
Eine Senkung bringt wenig für das einzelne Mitglied, kostet aber Leistungen.
Das AK Zukunftsprogramm bringt stattdessen mehr und verbesserte
Leistungen für das gleiche Geld.

+ Digitalisierungs-Offensive

- **Qualifizierungsfonds:** zur Unterstützung von Beschäftigten, die digitale Kompetenzen erlangen wollen
- **Digitalisierungsfonds Arbeit 4.0:** zur Förderung von Initiativen, die Arbeitsplätze schaffen und Arbeitsbedingungen verbessern

+ Bildung

- **Bildungsberatungsangebot** für 150.000 Jugendliche in Schlüssel-Altersgruppen
- Unterstützung beim Nachholen von **Lehrabschlüssen**
- **Servicestelle**, die Bildungsabschlüsse einstuft und EU-weit vergleichbar macht

+ Pflege

- Interessenpolitischer Schwerpunkt mit **neuer Abteilung**
- Registrierung der über 100.000 unselbständig Beschäftigten in den **Gesundheitsberufen**
- Beratung bei **PflegegeldEinstufung** für die über 450.000 BezieherInnen

+ Wohnen

- **Wohnrechtsberatung:** ob Miete, Genossenschaft oder Eigentum



arbeiterkammer.at/zukunftsprogramm

ARBEITSBEDINGUNGEN ARBEITSMARKT STEUERGERECHTIGKEIT SOZIALE SICHERHEIT

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT BILDUNGSCHANCEN LEISTBARES WOHNEN KLIMASCHUTZ

DIE FORDERUNGEN AN DIE NÄCHSTE BUNDESREGIERUNG
GIBT ES AUCH ALS VIDEOS:

www.arbeiterkammer.at/forderungen2019



